

MITTEILUNG | 06.04.2005

# **Reiche/Schummer: Berufsbildungsgesetz konstruktiv umsetzen – Chance von Stufenausbildungen nutzen**

Herausgeber: Dr. Norbert Röttgen MdB  
Redaktion:  
Eva Christiansen (030) 227-5 23 60  
Matthias Barner (030) 227-5 48 06  
Dr. Christiane Schwarte (030) 227-5 53 75  
Katrin Kohl (030) 227-5 27 03  
Telefax (030) 227-5 66 60  
fraktion@cducsu.de  
www.cducsu.de

Zur heutigen Beratung des Berufsbildungsberichtes 2005 im Bundeskabinett erklären die bildungspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Katherina Reiche MdB sowie der zuständige Berichtersteller für berufliche Bildung, Uwe Schummer MdB:

Die Lage auf dem Ausbildungsmarkt bleibt weiterhin angespannt. Die rechnerische Lücke zwischen unbesetzten Ausbildungsstellen und nicht vermittelten Bewerbern beträgt Ende März 2005 bundesweit 159.800. So drohen im September wiederum 30.000 nicht versorgte Schulabgänger.

Hinzu kommt eine hohe Zahl von Abbrechern. Rund jeder fünfte bricht eine Ausbildung ab. Um die Chancen der Abbrecher sowie der Bewerber mit Hauptschulabschluss sowie mit Migrationshintergrund zu verbessern, haben wir bei dem seit 1. April 2005 in Kraft getretenen neuen Berufsbildungsrecht eine Aufwertung der Stufenausbildung erreicht. Dies bedeutet, dass nach ein oder zwei Jahren ein Zwischenabschluss ermöglicht wird. Dies soll das bisherige Alles oder Nichts – Prinzip ersetzen.

Auch die Verlängerung der Probezeit dient dem besseren Kennen lernen zwischen dem Ausbildungsbetrieb, dem Ausbildungsberuf und dem Auszubildendem und soll Fehlentscheidungen korrigieren helfen.

Überfällig ist eine verstärkte Verknüpfung von Aus- und Weiterbildung. Hierzu gehört auch der neue europäische Ausbildungspass. Die dort dokumentierten Ausbildungsinhalte machen sichtbar, über welche Fähigkeiten der Auszubildende bereits verfügt. Wir setzen uns für eine Verzahnung des Ausbildungspasses mit Weiterbildungsmodulen ein. Neben der Ausbildung muss lebenslanges Lernen neu organisiert werden. Hierzu werden wir in der nächsten Woche einen eigenen Antrag in den Deutschen Bundestag einbringen.